Abendausgabe

Nr. 425 ♦ 43. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 210

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Donnerstag
9. September 1926

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 8½ bis 5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297

In Erwartung der Deutschen.

Willkommen bei der Demokratie — Opposition bei den Nationalisten aller Länder.

Paris, 9. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund wird in der ganzen hiesigen Linkspresse freudig begrüßt. Man weist darauf hin, daß damit ein neuer Schritt dem Weltfrieden entgegen getan sei.

Der „Ere Nouvelle" schreibt, daß es noch vor 2 Jahren eine

„diplomatische Revolution"

bedeutet hätte, was heute der Abschluß einer Reihe vernünftiger Anstrengungen ist. Die Nationalisten würden, meint das Blatt, natürlich nicht umhin können, in der Aufnahme Deutschlands in den Bund eine Erniedrigung Frankreichs zu sehen, da der Bund bisher als eine Art „Klub der Sieger" angesehen worden sei. Die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund sei vor allem das Werk der französischen Demokratie, die am 11. Mai 1924 die Regierung ergriff und die französische Politik dem Frieden entgegen orientiert habe. In ähnlicher Weise äußert sich das „Oeuvre", das darauf hinweist, daß der Völkerbund dazu da sei, den Krieg zu verhindern. Kriege müsse man vor allem zwischen den Nationen verhindern, die in der Lage seien, sich zu bekriegen. Bei den anderen sei das nicht nötig. Man müsse dumm wie ein Nationalist sein, um dieses nicht zu begreifen. Infolgedessen müßte man entweder den Völkerbund auflösen, oder, wenn man wirklich die Absicht hätte, ihn zu verwirklichen, so schnell wie möglich Deutschland und die anderen früher feindlichen Staaten in den Bund aufnehmen. Es sei nicht möglich, sich etwas Vernünftigeres zu denken, und es sei

erstaunlich, daß man solange gebraucht

habe, um dies einzusehen. In dem Gewerkschaftsblatt „Le Peuple" wird der Eintritt des Deutschen Reiches in den Völkerbund als ein großer Schritt auf dem Weg der Völkerversöhnung begrüßt. Er mache dem großen Irrtum ein Ende, der in der Nachkriegszeit auf der ganzen Welt gelastet habe und der darin bestand, daß man sich einbildete, man könne ein Volk politisch bestrafen. Das Blatt erinnert daran, daß bereits 1919 die Gewerkschaftsinternationale in Amsterdam als erstes die Aufnahme Deutschlands und Oesterreichs in den Völkerbund verlangte und daß sieben Jahre vergangen seien, bis man dieser Forderung nachkäme. Im „Quotidien" heißt es, daß selbst die Chauvinisten endlich einsehen müßten, daß es nicht möglich sei, Deutschland von der Weltkarte zu streichen, daß es das Beste sei, mit den Deutschen in Frieden zu leben. Es sei deshalb gestern ein neuer Stein dem großen Gebäude der internationalen Versöhnung, welches in Genf errichtet werden soll, hinzugefügt worden.

Außerordentlich verstimmt äußert sich dagegen die nationalistische Presse. So schreibt der „Gaulois", Genf sei das logische Ende der interalliierten Politik, die über (!) die Erwägung einer Gerechtigkeit für Frankreich die wirtschaftliche und finanzielle Wiederherstellung Deutschlands stelle. **Frankreich habe den Krieg gewonnen, aber Deutschland den Frieden.** (!) Die nahe Zukunft werde Frankreich lehren, ob die deutsche Regierung die jetzt erlangte vollständige Freisprechung mißbrauchen werde. Das „Echo de Paris" klagt Deutschland an, sofort nach seinem Eintritt in den Völkerbund die Revision des Versailler Vertrages anstreben zu wollen. Die Frage sei nur die, ob es diese Aktion sofort einleiten werde, oder damit noch warten wolle. Die „Action Francaise" erklärt, daß Frankreich jetzt wieder in den gleichen Zustand versetzt worden sei, wie vor dem Kriege. Es sei nicht der Mühe wert gewesen, 1½ Millionen Franzosen töten zu lassen und eine Schuld von 300 Milliarden Franken auf sich zu bürden, um Deutschland ein solches Resultat zu ermöglichen. (!)

Befriedigung in London.

London, 9. September. „Daily News" sagt in einem Leitartikel: Wir begrüßen Deutschlands feierlichen Eintritt als das bedeutungsvollste europäische Ereignis seit dem Waffenstillstand. Das radikale Blatt spricht die Hoffnung aus, daß Deutschland jetzt, da es seinen Einfluß in dem größten aller internationalen Gerichtshöfe zur Geltung bringen könne, behutsam vorgehen und sich im Völkerbund in erster Linie nicht mit seinen eigenen Interessen, sondern mit den vorherrschenden Interessen des Völkerbundes befassen werde.

„Westminster Gazette" sagt: Durch den Locarnopakt und durch seinen Eintritt in den Völkerbund wird Deutschland ein voller Teilhaber beim Werke der Stabilisierung Europas. In diesem Sinne wird das englische Volk Deutschland als Mitglied begrüßen. Das Blatt hofft, daß sich die französisch-deutschen Beziehungen durch baldige Erleichterung der Rheinland-Besetzung weiter verbessern werden.

„Daily Telegraph" sagt: Ein Volk von über 60 Millionen ist wieder in die Gemeinschaft der europäischen Nationen gebracht worden, und eine der Hauptschwächen in der Verfassung des Völkerbundes ist endlich beseitigt. Den Vereinigten Staaten mit ihren vielen Millionen Einwohnern deutscher Abstammung kann der Völkerbund nicht länger als eine Verbindung von Siegern gegen Besiegte dargestellt werden, und somit ist wenigstens etwas geschehen, um den hartnäckigen Glauben Amerikas an den unverbesserlichen Militarismus Europas zu schwächen, — ein Glaube, der ein wesentlicherer Faktor in der Frage der europäischen Schulden an Amerika ist, als im allgemeinen erkannt wird. Es muß indessen gesagt werden, daß eine wirkliche Verbesserung in der internationalen Lage unendlich mehr davon abhängt, was auf den Eintritt Deutschlands folgen wird, als von dem Eintritt selbst. Dieser hat sich unter Umständen vollzogen, die keine Illusion dulden. Der Kampf um die Aufnahme Deutschlands hat schwere moralische Kosten gefordert. Zwei Mächte sind ausgetreten. Wenn Deutschlands Eintritt die Wirkung haben soll, die man von ihm erhofft, dann muß der Geist des Mißtrauens und der Angst verschwinden. Deutschland kann durch sein Verhalten innerhalb des Bundes zu einer solchen Klärung der Atmosphäre mehr beitragen als irgendeine andere Macht. Natürlich müssen die anderen auch das ihre tun. Aber die Aufgabe wird viel von ihrer Schwierigkeit verlieren, wenn Deutschland durch sein Handeln zeigt, daß es die Grundsätze des Bundes und die moralischen Verpflichtungen eines Mitgliedes aufrichtig annimmt.

Ein Willkommen aus Italien.

Rom, 9. September. (WTB.) Warm begrüßt ein Leitartikel der Turiner „Stampa" Deutschlands Eintritt in den Völkerbund. Nur durch diesen Eintritt nehme die Schöpfung von Genf den Charakter einer Heiligen Allianz des 20. Jahrhunderts an und es eröffne sich jetzt wenigstens die Möglichkeit, daß die Schöpfung von Genf zu dem werde, was so viele Köpfe wünschten. Acht Jahre habe es bedurft, bis die zwingende Logik der Tatsachen das England Lloyd Georges und das Frankreich Clemenceaus überzeugt hätte, daß kein europäisches Problem gebührend gelöst werden könne, ohne die Zustimmung eines Volkes von 60 Millionen, dessen Land in das Zentrum von Europa gestellt sei als Brücke zwischen dem Osten und dem Westen und das, zwischen Nordsee und Ostsee gelegen, der wirtschaftliche Weg zum Balkan und dem Schwarzen Meer sei. Dieses Volk, welches der moralische und intellektuelle Stützpunkt einer literarisch geeinigten historischen Rasse von 100 Millionen sei, hätte nicht länger übergangen werden können. Heute stürze der Geist von Versailles. Der Ruf nach einer Revision der Frage der Schuld am Kriege werde immer allgemeiner.

Mißtöne aus Polen.

Warschau, 9. September. (Mtb.) Vor einigen Tagen schon kündigte das Blatt Pilsudskis an, daß Polens Grundforderung an den Völkerbund sei, Deutschland dürfe nicht eine Stunde früher dem Völkerbundsrat angehören wie Polen und es dürfe niemals ohne Polen im Völkerbundsrat vertreten sein. Von dieser Grundforderung werde es nicht zurücktreten. Auf diesen Ton ist die ganze polnische Presse eingestellt, woraus sich erklärt, daß sie Schweden und Norwegen wegen ihres Verhaltens in Genf scharf angreift. Es wird von einer „Erbitterung Polens gegen Schweden" gesprochen. „Kurjer Poranny" glaubt aber die Oeffentlichkeit beruhigen zu können mit der Versicherung, daß Frankreich den Standpunkt Polens unter jeder Bedingung unterstützen werde, was ja auch nach den jüngsten Nachrichten aus Genf der Fall zu sein scheint.

„Przeglad Wieczorny" weiß zu melden, daß Außenminister Zalewski weder das Präsidium in der Völkerbundssitzung noch die Leitung irgendeiner Kommission übernehmen wolle (!), um ganz freie Hand für die Kandidatur Polens im Völkerbundsrat zu haben. Das Blatt Korfantys, die „Rzeczpospolita", wendet sich mit besonderer Schärfe gegen Deutschland. Das Blatt teilt seinen Lesern mit, daß Stresemann gleich nach der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund eine Rede in deutscher Sprache halten wolle. Das polnische Blatt nennt das „eine deutsche Frechheit" und eine „Demonstration, um zu zeigen, daß Deutschland gleichberechtigt sei".

Reichsfinanzen und Verwaltungsreform.

Erklärungen des Ministers Dr. Reinhold.

Der Reichsfinanzminister Dr. Reinhold gab vor Vertretern der Presse Auskunft über den Inhalt und seinen Zweck der bereits mitgeteilten Verwaltungsreform im Reichsfinanzministerium. Er wies darauf hin, daß während der Inflation und auch später das Ministerium und seine Beamten überlastet gewesen seien; durch Uebertragung immer neuer Aufgaben auf das Amt wurde es schließlich anorganisch und unübersichtlich im Aufbau. Jetzt kann man an die Vereinfachung herangehen, um rascher arbeiten zu können. Die Vereinfachung bewirkt, daß statt bisher 2 nur noch 1 Staatssekretär, anstatt 10 nur noch 5 Abteilungen tätig sein werden und daß die Zahl der Referate, die heute 130 beträgt, um ein Drittel vermindert wird.

Ohne eine Verwaltungsreform könne, so führte der Minister weiter aus, die deutsche Finanzpolitik nicht aufrechterhalten werden. Man dürfe in der Lage der Reichsfinanzen durchaus nicht optimistisch sein. Der Minister lehnt es ab, in eine Finanzkatastrophe hineinzureiten, glaubt aber, daß die Reichsfinanzen immer hart an der Grenze des Defizits bleiben werden. Weder das Reich, noch die Länder, noch die Kommunen könnten den großen Apparat aufrechterhalten. Das Reichsfinanzministerium habe auf dem Wege der Verwaltungsreform beispielgebend vorangegangen.

Auf Anfragen bestätigte der Minister, daß das Reichsfinanzministerium eine auf Reichsmark, nicht mehr auf Goldmark gestellte Auslandsanleihe plane, jedoch sich den Zeitpunkt vorbehalte, wo die allgemeine finanz- und währungspolitische Lage dazu reif sei. Die Bedingungen einer solchen Auslandsanleihe müßten wesentlich günstiger als diejenigen der Dawes-Anleihe sein, das Reich sei in der Lage, den geeigneten Zeitpunkt der Anleiheaufnahme abzuwarten. Die Tatsache, daß man nur eine Reichsmarkanleihe aufnehmen will, soll den Beweis erbringen, daß die deutsche Währung jedem Ersatz, wie Feingold oder Dollarbasis, durchaus gleichwertig sei.

Die Westarpie.

Graf Westarp, Diktator der Deutschnationalen Partei.

Die Deutschnationale Partei ist eine Westarpie. Wenn nicht schon seit vorgestern, so doch gewiß seit gestern. Denn gestern hat die deutschnationale Vertretersitzung in Köln mit einer Mehrheit, die an Einstimmigkeit grenzte, beschlossen, dem Parteivorsitzenden, eben dem Grafen Westarp, freie Hand zu lassen. „Er ist bevollmächtigt," so wird uns im „Tag" dieser Beschluß erläutert, „im Namen der Partei und sogar der Fraktion das zu tun, was ihm nach der jeweiligen Entwicklung der politischen Lage zweckmäßig erscheint." Das Ideal der Diktatur wäre damit, wenn auch noch nicht für Deutschland, so doch für die Deutschnationale Partei, verwirklicht. Der Diktator heißt Graf Westarp.

Der jetzt zweiundsechzigjährige Graf Kuno Friedrich Viktor v. Westarp war Vorsitzender der Konservativen Partei, die bekanntlich einen Teil der Deutschnationalen bildet, als der Parteivorsitz, den zuvor Herr Winkler und noch früher Herr Hergt geführt hatte, auf ihn überging. Um dem höheren Zweck zu dienen, legte Graf Kuno damals den konservativen Parteivorsitz nieder und übertrug ihn auf einen andern konservativen Grafen. Damit hatte die Konservative Partei ihren würdigsten Vorsitzenden verloren, denn niemand kann bestreiten, daß es in der deutschen Politik nichts Konservativeres und Gräflicheres gibt, als den nunmehrigen Diktator der Deutschnationalen Partei.

Die Konservative Partei hatte ihren Ursprung in der Reaktion auf die Revolution von 1848. Ihr damals begründetes Organ, die „Kreuzzeitung", die heute vom Grafen Westarp geleitet wird, sah ihre wichtigste Aufgabe darin, dem König Friedrich Wilhelm IV. zu beweisen, daß ihn der Eid auf die Verfassung nicht binde; denn da er bei Gott geschworen habe, selber aber von Gottesgnaden sei, habe er es nur mit dem lieben Gott abzumachen, ob er seinen Eid halten wolle oder nicht.

Sozial ruhte und ruht die Konservative Partei auf dem preußischen Großgrundbesitz und auf der adeligen Kaste des Junkertums. Sie war daher eine Partei des Hochschutzzolls und eine Partei des ländlichen Arbeitgebertums, das bekanntlich noch eine ganz andere Sorte ist als das industrielle. Das Recht auf körperliche Züchtigung des Gesindes durch den gnädigen Herrn und seine Beauftragten wurde von ihr hartnäckig verteidigt. Entsprechend ihrem Grundsatz „Autorität, nicht Majorität" schwärmte sie für den königlichen Absolutismus, verdammte sie jeglichen „Parlamentsschwindel". In ihrer klasseninstinktiven Abneigung gegen alles Neue stand sie der Gründung des Deutschen Reiches mißtrauisch und ablehnend gegenüber. Ueber die Freiheit der Presse, des Vereins-, Versammlungs- und Koalitionswesens dachte sie so, wie man — leider — heute noch in Rußland denkt, wie denn überhaupt das zarische Rußland in jeder Hinsicht ihr Vorbild war.

Kein Wunder, daß jedes polizeiliche Unterdrückungssystem, jede Scharfmacherei, jedes Sozialisten- und Zuchthausgesetz an ihr den entschiedensten Anwalt fand. Kein Wunder, daß sie gegen das allgemeine Wahlrecht, wie es Bismarck für das Reich eingeführt hatte, fortgesetzt Sturm lief. Desto zäher verteidigte sie das preußische Klassenwahlrecht, das die Steuerzahler in drei Wählerklassen einteilte und einem einzigen reichen Mann mehr politische Rechte gab als Hunderttausenden von Besitzlosen. Diese Verteidigung des Dreiklassenwahlrechts setzte sie bis zum Kriegsende fort, auch dann noch, als Wilhelm II. das gleiche Wahlrecht für Preußen versprochen hatte. Dafür trat sie für eine uferlose Annexionspolitik ein, und verlangte, daß jeder „auf den Sandhaufen gestellt" werde, der einer so erleuchteten Vertretung deutscher Interessen zu widersprechen wagte.

Dann kam die Waffenstillstandsbitte der deutschen Heeresleitung. Mit dem Aufschrei: „Wir sind belogen und betrogen worden!" brach der Führer v. Heydebrand zusammen. Und mit ihm brach die ganze Konservative Partei in die Knie; sie leistete der Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen keinen Widerstand mehr und ließ überhaupt alles, was weiter geschah, widerspruchslos über sich ergehen. Die Parole lautete damals „Rette sich wer kann!" Und während der erste Mann der Partei, Herr v. Heydebrand, sich in eine selbstgewählte würdige Verbannung begab, erschien ihr zweiter, eben Graf Westarp, bei den Volksbeauftragten, um sie um Schutz für sein — von niemand bedrohtes — Leben zu bitten.

Die Konservative Partei war aber nicht gestorben. Sie war nur wie Friedrich Barbarossa in den Kyffhäuser gegangen und hatte sich den Bart durch den Tisch wachsen lassen.

Als ihre Nachfolgerin erschien die Deutschnationale Partei. Sie selbst blieb ihr Bestandteil und, wie sich immer deutlicher herausstellte, ihr Kern. Und heute ist sie schon wieder in alter Herrlichkeit auferstanden. Denn die Diktatur ihres ehemaligen Führers und Vorsitzenden Grafen Westarp in der Deutschnationalen Partei ist ihre Diktatur.

Erst wenn man sich dieser Hergänge und Zusammenhänge erinnert, kann man die Ansprachen, die Graf Westarp auf der Kölner Tagung an die Arbeiter und an die Frauen gehalten hat, richtig genießen. Zu den deutschnationalen Arbeitern sagte der deutschnationale Parteidiktator:

Mit unsern Freunden aus Arbeiterkreisen wollen wir, daß mit der deutschen Arbeiterschaft in Deutschland regiert wird; aber gerade um unsere Freunde und Gesinnungsgenossen aus

der Arbeiterschaft willen sind wir überzeugt, daß dies nur ohne, nur gegen die Sozialdemokratie zu geschehen hat. Diese ist die Partei des internationalen Klassenkampfes, der den Arbeiter selbst nur immer tiefer ins Elend hineingeführt hat, den nicht nur unsere Parteifreunde ablehnen, von dem sich eine immer größere Anzahl aus den Reihen der Sozialdemokratie und ihrer Gewerkschaften abwendet, die noch viel gewaltiger sein würde, wenn nicht Zwang und Terror sie hinderte, und wenn nicht Linkspolitik der Mittelparteien den Blick für die Kluft zwischen nationalem und internationalem klassenkämpferischen und staatsbürgerlichen Denken verwischte.

Herr Reichert hat auf dem Dresdener Industriellentag behauptet, daß die Anhängerschaft der Deutschnationalen Partei zu 90 Proz. aus Arbeitern und sonstigen Besitzlosen bestehe. Das war zweifellos eine starke Uebertreibung. Aber Tatsache ist, daß in einem Industrielande wie Deutschland unter dem System der Demokratie keine Partei existieren kann, wenn nicht auch Arbeiter und Besitzlose für sie stimmen. Man kann an die Tatsache, daß die Partei Westarps auch Arbeiterstimmen erhält, nicht denken, ohne Scham zu empfinden.

Zu den Frauen sagte Graf Westarp:

Mein Thema handelt nicht von der Notwendigkeit und Berechtigung der Frauenarbeit in der Politik und dem Dienste der Partei. Darüber brauchen wir keine Worte mehr zu machen.

Also, die Deutschnationale Partei und ihr Führer, der hochkonservative Graf Westarp, sind heute „von der Notwendigkeit und der Berechtigung der Frauenarbeit in der Politik" so felsenfest überzeugt, daß es sich gar nicht mehr lohnt, Worte darüber zu machen. Sie haben von der internationalen klassenkämperischen Sozialdemokratie nach langen heftigen Sträuben das Geschenk des Frauenwahlrechts angenommen. Und sie haben vollkommen vergessen, mit welchen die Frauen herabsetzenden Argumenten sie die Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts bekämpft haben. Man kann da bei allem Respekt vor der deutschnationalen Damenschaft sich nicht enthalten, des alten Bildes zu gedenken: „Wo der Fuchs den Gänsen predigt."

Der deutschnationale Parteitag in Köln soll das Sprungbrett werden für den Wiedereintritt der Deutschnationalen in die Regierung. Die Deutsche Republik, in der die Staatsgewalt vom Volke ausgeht und die morgen ihren feierlichen Eintritt in den Völkerbund vollziehen wird, soll regiert werden von der Deutschnationalen Partei. Und diese wiederum wird regiert vom Grafen Westarp.

Alles, was in den letzten hundert Jahren in der Welt geworden ist, haben diese Leute nur widerstrebend über sich ergehen lassen: das konstitutionelle System, die Reichsgründung, das Reichtagswahlrecht, das gleiche Wahlrecht der Länder und Gemeinden, die Republik, das parlamentarische System, das Frauenwahlrecht, das Koalitionsrecht, den Völkerbund. Könnten sie, wie sie wollten, so müßte alles wieder den Krebsgang antreten bis in die Zeit vor der großen französischen Revolution. Sie haben immer falsch prophezeit, immer auf das falsche Pferd gesetzt. Jetzt fühlen sie sich reif zum Regieren, weil regieren — Voraussehen heißt!

Kein Zentrumsparteitag.

Nur Reichsparteiausschuß in diesem Jahr.

Die „Germania" schreibt: Wie uns mitgeteilt wird, ist eine Sitzung des Reichsparteiausschusses für Sonntag, den 31. Oktober, vorgesehen. Der Ort der Tagung ist noch unbestimmt. Es soll diesmal aber nicht Berlin sein. In Frage kommt voraussichtlich eine Stadt in Mitteldeutschland. Den Hauptgegenstand der Besprechungen bilden einmal die politische Arbeit im Reiche in der kommenden Wintersession und zum zweiten Organisationsfragen. Da in diesem Jahre nicht in Aussicht genommen ist, einen Reichsparteitag abzuhalten, wird beabsichtigt, diese kommende Tagung des Reichsparteiausschusses in etwas größerem Rahmen abzuhalten.

Die Heinz-Männer.

Beschimpfung, Verdächtigung, Verleumdung.

Der Stahlhelm-Heinz, Ehrhardt-Mann I. Sorte, beteiligt an zahlreichen Unternehmungen zum Sturz der Republik, dann Hauptschriftleiter des Bundesblattes der putschistischen Frontsoldaten, schließlich unter dem Verdacht der Anstiftung zu einem Mordversuch in Untersuchungshaft in Gießen — dieser Stahlhelm-Heinz ist wert, daß man sich mit ihm des näheren beschäftigt.

Vor allem aber auch mit seiner Verteidigung, die jetzt durch die Rechtepresse Ehrenerklärungen für den Häftling verbreiten läßt. So teilt sie z. B. der „Deutschen Zeitung" folgendes mit:

Der Oberleutnant a. D. Wagner ist nicht ermordet (d. h. beim Mordversuch nicht getötet worden. Red.) worden, vielmehr hat er bei dem angeblichen Mordversuch nur ganz geringfügige Verletzungen davongetragen. Heinz ist lediglich einer Anstiftung beschuldigt, und zwar auf Grund der Aussage des Beschuldigten Schwing, der sich selbst einer Mittäterschaft an dem angeblichen Mordversuch bezichtigt, obwohl Wagner, der auch in keiner Weise Heinz belastet, von der Mittäterschaft Schwings gar nichts weiß. Inwieweit die Angaben Wagners, daß ein Mordversuch vorliegt, der Wahrheit entsprechen, muß die Untersuchung ergeben. Jedenfalls ist das Schweigen von 1922 bis 1926 mehr als auffallend, und weiterhin werden die noch im Gange befindlichen Feststellungen voraussichtlich überraschende Enthüllungen über die Persönlichkeit des Wagner und dessen Glaubwürdigkeit bringen. Schwing ist Psychopat, dessen eigener Verteidiger sich auf § 51 St. G. B. beruft, und dessen Unzurechnungsfähigkeit durch Sachverständigenbeobachtung festgestellt werden soll. Bei Gegenüberstellung Schwings mit Herrn Heinz hat Schwing seine Aussage, soweit sie Heinz belastete, restlos widerrufen!

Die Informationen der Linkspresse beruhen auf den Angaben eines gewissen Schmidt. Schmidt hat gegen eine Anzahl Personen Erpressungsversuche verübt, hat gestohlen, steht im Verdachte eines Zuhälters und einer homosexuellen Person.

Das ist die charakteristische Art, wie von den Völkisch-Nationalen jeder Belastungszeuge schon vorher in der Oeffentlichkeit beschimpft und herabgesetzt wird, um ihn unglaubwürdig zu machen. Nun liegt hier die Sache besonders eigenartig: Der Chauffeur Schwing in Nauheim hat in engstem Familienkreise von dem Mordversuch an Wagner erzählt. Aus diesem Familienkreise ist die Meldung an die Behörden gelangt. Darauf wurde er verhaftet und hat bei Vernehmung seine Beteiligung an der Tat, wie die Anstiftung durch Heinz gestanden. Grund genug, daß dieser Mann, der sich selbst eines schweren Verbrechens beschuldigt, dessen Zugehörigkeit zur Organisation C. auch nicht einmal bestritten wird,bestritten wird, jetzt als Geisteskranker hingestellt wird!

Das Opfer jenes Mordversuchs, ein wirklicher oder vermeintlicher Hauptmann Wagner, ist nicht getötet, sondern nur schwer verletzt worden. Er ist ermittelt, weiß aber natürlich nichts von der Anstiftung durch Heinz. Was den Verteidiger des Stahlhelm-Heinz genügt, um furchtbare „Enthüllungen" über den Wagner anzukündigen. Als ob der Mordversuch deshalb anders zu beurteilen wäre, wenn diese „Enthüllungen" auch nur irgendeinen Schein von Berechtigung hätten. Was soll denn enthüllt werden? Daß sich in der „nationalen Armee" der Heinz oder der OC. des Meineid-Ehrhardts Subjekte allerzweifelhaftesten Charakters, übelste Landsknechtsnaturen herumgetrieben haben, braucht durch keinerlei „Enthüllungen" mehr bewiesen zu werden. Das ist ohnehin gerichtsnotorisch.

Wenn der Verteidiger schließlich irgendeinen Mann, den er Schmidt nennt und dessen Name unseres Wissens bisher noch niemals im Zusammenhang mit der Sache Heinz genannt war, als Dieb, als Zuhälter und Homosexuellen hinstellt, so ist das eine so grobe Entgleisung eines Anwalts, wie man sie bisher kaum erlebt haben dürfte. Ganz abgesehen davon, daß die Zusammenstellung „Zuhälter und Homosexuellen" den Reiz der Neuheit selbst für Sexualpsychologen haben dürfte.

Der ganze Entlastungsvorstoß für den Stahlhelmredakteur, der der Mordanstiftung beschuldigt ist und deshalb von dem sonst so unantastbaren Staatsanwalt und Untersuchungsrichter in Haft genommen ist, bedeutet den nichtsnutzigen Versuch, durch öffentliche Bedrohung, Beschimpfung und Herabsetzung von Zeugen, deren Einschüchterung zu erzielen und dadurch das wahre Bild der Verbindung von Stahlhelmgeist und Fememordgesinnung zu verschleiern.

Gegen solche Versuche muß auf das schärfste im Interesse der öffentlichen Moral protestiert werden!

Ihr wahres Ziel.

Stahlhelmkampf gegen die Republik.

Einen interessanten Einblick in die wirklichen Absichten der als rechtsradikal bekannten Stahlhelmführer in Halle und Umgebung gewähren die Berichte über „Dorfgemeinschaften" der vaterländischen Verbände. Einer dieser Berichte, erstattet von leitenden Persönlichkeiten dieser Gruppe, besagt folgendes:

„Die Dorfgemeinschaftsführer und verantwortlichen Führer der Verbände verpflichten sich, den aufgezwungenen Kampf mit den vaterlandslosen Gesellen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu führen. Dieses Vorgehen ist moralisch berechtigt und hat nur ein Ziel im Auge, die Befreiung des Volkes von innerer Zerrissenheit und Klassenkampf. **Keine Macht und keine Gewalt kann uns in unseren vaterländischen Bezirken davon abhalten, auch nicht das Gekeif der Kommunisten und die infame Hetze der Severing-Freunde und ihrer Presse.**"

Befreit man diese wenigen Sätze von der schönen Verbrämung mit Moral und Vaterlandsliebe, so hat man hier in nackten Worten das wirkliche Ziel des „Stahlhelm". Es handelt sich um nichts mehr und nicht weniger als die Schaffung einer festen Front zur Führung des inneren Kampfes gegen die Republik. In Mitteldeutschland wird durch diese Bestrebungen ein Gefahrenherd geschaffen, der ernstester Aufmerksamkeit der Behörden bedarf. An Beteuerungen über die Harmlosigkeit und vaterländische Zuverlässigkeit der Dorfgemeinschaften wird es nicht fehlen. Man darf gespannt sein, mit welchen Heldentaten die Dorfgemeinschaften in der Folgezeit ihre Existenzberechtigung erweisen werden.

Der Chinakonflikt.

London, 9. September. (Eigener Drahtbericht.) Nach den letzten aus China vorliegenden Meldungen haben die Engländer bei dem Feuergefecht auf dem Oberlauf des Yangtse zwischen englischen Kanonenbooten und Truppen Wupeifus drei Offiziere und vier Matrosen verloren, während zwei Offiziere und vier Matrosen verwundet wurden. Inzwischen soll es gelungen sein, die von den Chinesen beschlagnahmten englischen Flußdampfer, die den Anlaß zu dem Zusammenstoß gaben, zu befreien. Der Kommandeur des englischen Chinageschwaders hat sich an Bord seines Flaggschiffes nach Hankau begeben, da man für diesen internationalen Hafen mit neuen Zusammenstößen rechnet. Die Stadt befindet sich in den Händen der roten Kantontruppen.

Englische Bestürzung im fernen Osten.

London, 9. September. (EP.) Die Mißerfolge der englischen Kanonenboote auf dem Yangtsekiang und die dabei erlittenen verhältnismäßig schweren Verluste haben in Schanghai und anderen Plätzen des fernen Ostens unter der englischen Bevölkerung eine ungeheure Bestürzung hervorgerufen. Die englische Presse, die sich eingehend mit der Lage in China befaßt, beeilt sich daher, sichtlich unter amtlichem Einfluß, die Tätigkeit der Kanonenboote insofern als einen Erfolg hinzustellen, als die Europäer, die auf den beschlagnahmten Dampfern festgehalten worden waren, unter schwierigen Verhältnissen befreit worden seien. Wie ernst der Prestigeverlust angesehen wird, geht daraus hervor, daß die englische Admiralität sofort dem Admiral der chinesischen Flottenstation Befehl erteilt hat, mit dem 10 000-Tonnen-Kreuzer „Hawkins", der von anderen Kreuzern begleitet sein wird, nach Hankau abzufahren.

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Handelspolitischen Ausschusses des Reichstages haben den Vorsitzenden ersucht, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung am Dienstag eine Besprechung über die Mißstände in der Gefrierfleischversorgung zu setzen.

Porträtausstellung der Kunstgemeinschaft

Von Hermann Hieber.

Es scheint doch, daß der Gedanke der Deutschen Kunstgemeinschaft, Werke der bildenden Künste zu niedrigen Abzahlungspreisen — Monatszahlungen von 20 M. etwa — im Publikum Anklang findet. Während von der ersten Ausstellung, unter 200 Bildern nur 24 abgesetzt wurden, hat sich bei der zweiten, obwohl sie unmittelbar vor den Ferien stattfand, der Prozentsatz auf 25 gesteigert, der Umsatz auf 15 000 M. Nicht weniger als 64 Kunstwerke wurden von Mitgliedern der Genossenschaft käuflich erworben. Das ist, namentlich im Hinblick auf die katastrophale Wirtschaftslage, immerhin ein Ergebnis, über das man sich freuen kann.

Wenn man die dritte Veranstaltung dem Bildnis gewidmet hat, so geschah das, weil man für Weihnachtsaufträge schon frühzeitig Stimmung machen wollte. Es soll darauf hingewiesen werden, daß neben der Photographie noch eine andere Möglichkeit besteht, und zwar eine weit wertvollere, die Züge eines Menschen für seine Angehörigen festzuhalten. Die Kamera, die nur die äußere Aehnlichkeit aufzufangen vermag, wird niemals imstande sein, die Fähigkeit des Künstlers, der hinter die Dinge sieht, zu ersetzen.

Die beiden letzten Jahrzehnte sind der Vertiefung des künstlerischen Empfindens gewiß günstig gewesen. Je mehr die moderne Technik vom Leben Besitz ergreift, und je mehr unsere Interessen nach außen hin in Anspruch genommen werden, um so unabweisbarer meldet sich das seelische Bedürfnis, der Veräußerlichung des Lebens ein Gegengewicht zu schaffen. Man darf in diesem Zusammenhang selbst von einer „Verinnerlichung des Films" sprechen. Aber so sehr auch die mechanischen Mittel verfeinert und vervollkommnet werden mögen, sie werden nie heranreichen an die Künstlerhand, die unmittelbar aus dem seelischen Erlebnis heraus schafft.

Das materialistische Zeitalter hat diese Aufgabe des Porträtisten vergessen. Man fordert Aehnlichkeit und nur immer wieder Aehnlichkeit. Der Maler soll mit dem Photographen wetteifern im Festhalten der äußeren Erscheinung. Aber damit beraubt man ihn ja seiner besten Kraft. Jeder Künstler ist Prophet, der im Sinne des Goethe-Wortes in „allem Vergänglichen nur ein Gleichnis" sieht. Die Züge eines Menschen sind das Vergängliche an ihm, insofern sie dem Einmaligen, so und nicht anders geformten Gebilde, dem Individuum, angehören. Aber wenn es wahr ist, daß der „Geist es ist, der sich den Körper schafft", dann hat der Künstler eine weit wichtigere Aufgabe als die, jeden Vorsprung und jedes Hautfältchen eines Gesichts nachzuzeichnen. Diese Gesamtheit von Haut und Fleisch und Knochen darf nicht wie ein Einmaliges und Zufälliges hingestellt werden. Gerade wir Sozialisten, die wir im Wirtschaftsleben die isolierte Einzelpersönlichkeit ablehnen, sollten unseren Blick schärfen für die Fähigkeit des Künstlers, das Verbindende, das Bleibende und Dauernde aus der Erscheinung eines Menschen herauszulesen und zu gestalten.

Und gerade diese über die reale Welt hinausgreifende Macht des Künstlers macht den guten Porträtisten aus. Wie eng und unzureichend ist die landläufige Meinung, die Hauptsache an einem Bildnis sei die Aehnlichkeit. Dann wäre ja das Kunstwerk für jeden, der das Modell nicht persönlich kennt, sozusagen wertlos. Denn wäre also ein Porträt von Van Eyck, von Holbein oder Frans Hals für uns heute ohne Belang — wir können ja nicht entscheiden, ob diese Bildnisse „ähnlich" sind oder nicht. Man erzählt, daß gerade die Künstler, deren Bilder wir heute am höchsten verehren, von ihrer Porträtkundschaft Vorwürfe bekommen haben wegen mangelnder Aehnlichkeit.

Wir wollen auch diesmal nicht, so wenig wie bei den früheren Ausstellungen der Deutschen Kunstgenossenschaft, dem Geschmack und der Liebhaberei der Besucher vorgreifen. Wer den Impressionisten, die immerhin eher zu Kompromissen mit den Forderungen des Publikums geneigt sind, den Vorzug gibt vor den rücksichtslos auf ihren seelischen Zweck zuschreitenden Expressionisten, der möge sich anstatt von Kokoschka und Dix von Bato oder Honigberger oder Spiro porträtieren lassen. Wir für unser Teil gestehen, daß uns Willi Jaeckel, Otto Marquartsen, G. H. Wollheim, von Bildhauern R. Bednorz und Heinz Lederer — ja nicht zu verwechseln mit dem erschreckend flauen Hugo Lederer! — besonders angesprochen haben; daß uns Otto Nagels Bildnis seiner vergrämten alten Mutter, wie sie auf ihrem Spitalbett sitzt, tief ergriffen hat inmitten der vielfach elegant-platten Niedlichkeiten, und daß die Käte Kollwitz wieder einmal alle weit hinter sich zurückläßt.

Das „Volksstück" im Wallnertheater. Die Stätte der Alt-Berliner Lustbarkeit, das Wallnertheater, ist unter neuer Direktion zu seinen ursprünglichen Traditionen zurückgekehrt: es will wieder das Volksstück pflegen. Ferdinand Meysel, der bekannte Berliner Humorist, schwingt das Direktionsszepter und bescherte uns als erste Gabe: „Hasemanns Töchter" vom guten alten L'Arronge. Auf der gleichen Bühne erlebte das Stück mit Heimerding in der Hauptrolle 1877 seine Uraufführung. Damals war das Wallnertheater die Vergnügungsstätte des mittleren und kleinen Bürgertums. Die Freuden und Leiden dieser Klasse waren der Inhalt der Stücke von damals. Aber wo ist heute dies Publikum und wo ist das alte Volksstück geblieben. So sehr man das Ziel der neuen Direktion begrüßen mag, Sorgenbrecher zu bieten, mit dem alten Volksstück geht's nicht mehr. Auch L'Arronges humoristisch-witzig-sentimentales Sittenbild hat wesentlich nur noch kulturhistorisches Interesse. Es wurde uns mit einer breiten Behaglichkeit aufgetischt, die nicht mehr zeitgemäß ist. Eine Festouvertüre über das Thema „Freut euch des Lebens", ein Vorspruch, Gesangseinlagen dehnten die Aufführung bis an die 12. Stunde aus. Mancherlei Modernisierungen sollten beleben, eine sehr hübsche Inszenierung frischte die Farben auf, aber das Interesse an den Schicksalen von Hasemanns Töchtern begann doch zu erlahmen. Wir haben heute andere Sorgen, und die bürgerlichen Frauentypen von dazumal erscheinen uns heute vielfach blaß. Sehr wirksam war aber immer noch der „Vater von das Ganze": Anton Hasemann, den Ferdinand Meysel mit alten Berliner Humoren und Witzigkeiten ausstattete. Seine Art, die Dinge ironisch zu nehmen und sie kalt servieren zu lassen, hatte die Lacher auf seiner Seite. Meta Jäger als Mutter mit dem Streben in die höheren Gesellschaftsschichten vermied alle Uebertreibung. Hermia Born suchte nach Kräften die Rosa, die ge- und verbildete Tochter zu modernisieren. Hans Homfeldt gab dem Schlossermeister Knorr Charakter. Der Beifall und die Blumenfülle schienen einem Theaterereignis ersten Ranges zu gelten. —r.

Ein europäisches Telephonnetz. Vor Ende des Jahres 1927 werden Deutschland, England, Holland, Belgien, Frankreich, Dänemark, Schweden, die Tschechoslowakei, Oesterreich, Ungarn, die Schweiz und Italien untereinander durch ein zusammenhängendes Telephonnetz verbunden sein. Bis zu Anfang dieses Jahres gab es wohl gewisse, für den internationalen Verkehr bestimmte Kabel, aber keine wirkliche Verbindung der Telephonnetze zweier Länder, durch die sie ein gleichförmiges Ganzes bildeten. Nach einem Bericht des Berner Zentralbureaus ist im vergangenen März diese enge Telephongemeinschaft zuerst zwischen Deutschland und der Schweiz hergestellt worden. Deutschland wird durch verschiedene Kabel über Holland, Belgien und Frankreich mit England verbunden werden. An das Kabel Appenweier—Straßburg—Paris—Boulogne wird die Schweiz durch die Verbindung Straßburg—Basel angeschlossen. Neue Unterseekabel werden Deutschland mit Dänemark und Schweden verbinden. Das Netz wird weiter ausgebaut durch die Verbindungen Prag—Dresden, Nürnberg—Wien und Budapest—Wien. Wenn dann noch eine Linie zwischen Mailand und der Schweiz hergestellt ist, dann befinden sich außerhalb dieses paneuropäischen Netzes nur noch Norwegen, Sowjetrußland, die Balkanstaaten und Spanien, deren Telephonverkehr weniger lebhaft ist.

Ein internationaler Laubenkolonistenkongreß. In Luxemburg soll am 3. Oktober ein erster internationaler Laubenkolonistenkongreß stattfinden. Die Entsendung von Delegierten haben bisher Deutschland, England, Frankreich, Italien und sechs andere europäische Länder zugesagt. Den Vorsitz soll der französische Delegierte Abbé Lemire, der Maire von Hazebrouck, führen. Der Kongreß ist dazu bestimmt, einen internationalen Austausch der gärtnerischen Erfahrungen zu organisieren, eine Aussprache über die Formen und Aussichten der genossenschaftlichen Zusammenarbeit abzuhalten und Vorschläge über notwendige Rechtsreformen zugunsten der Laubenkolonisten aufzustellen.

Der Literarhistoriker Franz Muncker ist in München im Alter von 70 Jahren gestorben. Er hatte dort seit Jahrzehnten den Lehrstuhl für Literaturgeschichte inne. Seine Forschungen galten besonders Klopstock und Lessing, dessen Gesamtwerke er in einer großen Ausgabe edierte. Besonders eingesetzt hat sich Muncker, der ein geborener Bayreuther ist, für Wagner.

Gustav Frenssen hat einen großen autobiographischen Roman „Otto Babendiek" vollendet, der demnächst im Verlage von G. Grote, Berlin, erscheinen wird.

Ein Walt Whitman-Denkmal. Whitman, der große Nationaldichter der Amerikaner, wird jetzt endlich nach fast 6 Jahrzehnten ein Denkmal in New York erhalten. Wie Max Hayek in der „Literarischen Welt" mitteilt, ist das Denkmal von dem New Yorker Bildhauer Jo Davidson geschaffen worden und zeigt ihn als „Tramp", als Wanderer auf der freien Straße, mit dem Hute in der Hand und mit wallendem Bart, so wie er seine schönsten Gesänge gedichtet haben mag.

Leningrader Alltag.

Arbeitslosigkeit und „Sparsamkeitskampagne".

Von einem russischen Sozialdemokraten wird uns aus Leningrad geschrieben:

Wir leben im Zeichen der „Sparsamkeitskampagne", die sich immer deutlicher gegen die Arbeiterschaft wendet. Das Sparsamkeitsregime wird meist von den Arbeitern „die Sparsamkeitspresse" genannt. Der Druck dieser „Presse" wird von Monat zu Monat empfindlicher.

Am stärksten wirkt sie sich in der Arbeitslosigkeit aus. Seit Januar werden ununterbrochen Einschränkungen in den Betrieben vorgenommen, wobei sich die Zahl der entlassenen Fabrikarbeiter im April besonders gesteigert hat. In den letzten Monaten wurden die Buchdrucker von der Abbauaktion besonders stark in Mitleidenschaft gezogen. Die Arbeitslosigkeit hat hier im Zusammenhang mit der Krise auf dem Büchermarkte einen bedrohlichen Charakter angenommen. Die Verlage schränken ihren Betrieb ein, die Druckereien entlassen einen Teil der Arbeiter. In Leningrad sind 4000 Buchdrucker — von insgesamt 20 000 — arbeitslos; die Mehrzahl der Buchdrucker arbeitet bloß vier Tage in der Woche. (Im Zusammenhang damit verdient die Tatsache Erwähnung, daß die Auflageziffern der Zeitungen nach dem Uebergang zum Einzelabonnement stark zurückgegangen sind: in diesem Jahre werden täglich nur 240 000 Exemplare — gegenüber 400 000 im Vorjahre — verbreitet.) Die Entlassungen erstrecken sich vorwiegend auf die unteren Beamten und auf die Arbeiter der niedrigsten Lohnklassen. Auch unter den Jugendlichen herrscht eine starke Arbeitslosigkeit. Die Zahl der bei dem lokalen Arbeitsnachweis registrierten jugendlichen Arbeitslosen beträgt 18 300. Arbeit findet sich jedoch nur für fünf bis zehn Personen täglich. Besonders hoch ist die Zahl der Opfer des Sparsystems unter dem Bureaupersonal, das sich in einer verzweifelten Lage befindet. In den Zuschriften der Arbeiterkorrespondenten und in den Entschließungen der Arbeiterversammlungen wird ständig und mit großem Nachdruck auf das Mißverhältnis zwischen der Zahl der Angestellten und der der Arbeiter hingewiesen.

Das bedrohliche Gespenst der Entlassung, das mitunter auch die Arbeiter in einem Gefühl der Unzufriedenheit und des Protestes vereinigt, führt andererseits zu Unstimmigkeiten und Feindseligkeiten in der Arbeiterschaft selbst. Nach den Berechnungen der Wirtschaftler erreicht die Zahl der überschüssigen Arbeitskräfte in der Leningrader Industrie die Höhe von 18 000. Mit großem Nachdruck, der hier wenig am Platze ist, wird die Entfernung dieses „Anhängsels" gefordert. Man traut sich freilich nicht mit dieser energischen Forderung den Arbeitern offen in den Arbeiterversammlungen gegenüberzutreten, jedoch sind weitere Entlassungen unvermeidlich. Die Arbeiter sind sich dieser Tatsache bewußt, und es wird deshalb in ihren Kreisen die Frage erörtert, auf wen sich die Entlassungen in erster Reihe erstrecken sollen. Müssen in erster Linie die ledigen oder jugendlichen Arbeiter oder die, die am häufigsten von der Arbeit fernbleiben, entlassen werden? Es ist klar, daß schon die Erörterung dieser Frage zu Zwistigkeiten in der Arbeiterschaft führen muß.

Im Lokalblatt werden täglich 15 bis 20 Selbstmordfälle registriert. Darunter sind viele Jugendliche, meist Schüler, die Lebensüberdruß und Enttäuschung in den Tod treiben; in überwiegender Mehrzahl sind es jedoch Arbeitslose. Gift, die schlammigen Fluten der Fontanka oder der Sprung aus dem fünften Stockwerk erscheint ihnen als einziger Ausweg aus der Hoffnungslosigkeit der monatelangen Hungerqualen. Die Verzweiflung hebt den Mut, und die Unzufriedenheit tritt mitunter offen zutage. So schreibt ein Arbeiter an die Leningrader „Prawda" (die meisten dieser Briefe wandern sicherlich in den Papierkorb der Redaktion!): „Wir schauen in die Ferne und sehen nicht, was in unserer allernächsten Nähe vorgeht; wir erörtern die Lage in den bürgerlichen Ländern, was bei uns aber los ist, das sehen wir nicht, wir wollen auch nicht sehen und verlieren darüber kein Wort."

Solche Klagen hört man häufig. „Für die Arbeitslosen in England wird Geld gesammelt, und die Leichen unserer Arbeitslosen schwimmen dutzendweise in der Fontanka." Es ist bezeichnend, daß die Arbeiter fast nie den Ausdruck gebrauchen, „wir sammeln", sondern immer nur „es wird gesammelt". Auf dem Arbeitsnachweis wurden zwangsweise Kolonnen aus gelernten Arbeitern für die Straßenreinigung, für den Transport von Baumaterialien nach den Bauplätzen, für Verladungsarbeiten usw. gebildet. Ihr Taglohn beträgt mitunter nicht mehr als 60 bis 80 Kopeken (!), die Arbeitsverweigerung führt in diesen Fällen zur Streichung aus den Listen der Arbeitsuchenden. Zwangsweise wurden auch Kolonnen aus Arbeitslosen für die Torfgewinnung gebildet.

Das Sparsamkeitsregime führt nicht nur zum Anwachsen der Arbeitslosigkeit, es trägt auch in erheblichem Maße zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen bei, denn zu seinen Begleiterscheinungen gehören Herabsetzung der Löhne, Verletzung der Tarifverträge, Verzögerungen bei der Lohnauszahlung, Einschränkungen auf dem Gebiete der sozialen Versicherung, Verschärfung des Strafsystems usw. Besonders häufig sind auch die Klagen über die Handhabung des „Sparregimes" als eines Systems der kleinlichsten Schikanen, die unter den Arbeitern Aerger und Unmut erregen.

Die Verletzungen der Tarifverträge durch die Verwaltung in Form von Einschränkung und Schmälerung der Vergünstigungen für Arbeiter nehmen einen systematischen Charakter an. So hat z. B. die Verwaltung der Fabrik „Krasnaja Nitj" die Löhne der Hilfsarbeiter um 12 Proz. verkürzt, ohne vorher die Zustimmung der paritätischen Tarifkommission einzuholen. Die Verwaltung der Werke „Krasny Majak" hat es abgelehnt, die Zeit für das Schmieren der Maschinen anzurechnen, obgleich jede Schicht eine halbe Stunde dafür verwenden muß. Den Lederarbeitern, die mit dem Trocknen der Felle beschäftigt sind, wurde entgegen dem Tarifvertrag ein Ergänzungsurlaub verweigert usw. Noch schlimmer steht es mit der Frage der rechtzeitigen Auszahlung der Löhne.

Im Zusammenhang damit wächst auch die Zahl der Konflikte zwischen der Verwaltung und den Arbeitern. Darüber gibt es keine genauen Angaben, da die Mitteilungen über Arbeitskonflikte in der Presse nur sehr geringe Erwähnung finden. Es ist aber beispielsweise bekannt, daß der Metallarbeiterverband im vorigen Jahre 551 Konfliktfälle zu schlichten hatte; in diesem Jahre ist die Zahl der Konflikte im Laufe des ersten Halbjahres bereits auf 1482 angewachsen.

Unter diesen Verhältnissen setzt sich die Unzufriedenheit der Massen allmählich in eine politische Aktivität um, auf die die Zickzacklinie der Gewerkschaftspolitik, das Anwachsen der oppositionellen Stimmungen und das wachsende Interesse der Arbeiter für die Sozialdemokratie zurückzuführen sind.

Englands 160-Milliarden-Staatsschuld. Die Verbindlichkeiten des englischen Staates haben sich im letzten Finanzjahr um 460 Millionen Mark vermindert. Die äußere Staatsschuld beträgt jetzt 22 Milliarden, die innere 136 Milliarden Mark.

Kinderfest im Dorf.

Daß die Dorfschule auch dazu übergegangen ist, den Kindern die Bitternis des Stillsitzens, Nichtschwätzens und Lernens durch die Süße fröhlicher Veranstaltungen schmackhaft zu machen, ist gewiß freudig zu begrüßen. Anders als im Kopf des Großstadtkindes malt sich in dem des Dorfkindes die Welt. Gewiß, die technischen Wunder, Elektrizität und Telephon, haben auch in den abgelegensten Orten ihren Einzug gehalten, und Familien, die sich abends die Rundfunkhörer anlegen, gibt es auch vereinzelt. Aber das, was die Kinder mehr zusammenführen könnte, wie z. B. Sport, fehlt meistens, da keine Plätze vorhanden sind, die sich zur Abhaltung der Uebungen eignen. In den gemeinsamen Vergnügungen während der Jahre, die sie in der Schule verbringen, haben die Kinder Ersatz für so vieles, das den Großstadtkindern öfters geboten werden kann. Auf den Lehrer kommt es natürlich an, ob solche Gemeinsamkeit anregend und erfrischend auf die jugendlichen Gemüter wirkt. Wer auf dem Lande viel umherkommt, wird wohl stets die eine oder andere Schule auf fröher Wanderung angetroffen haben, deren Endziel ein landschaftlich oder historisch bemerkenswerter Punkt ist. Aber jetzt, wo der Abend schon ziemlich früh hereinbricht, ist das dörfliche Kinderfest Trumpf. Von mittags bis abends beherrschen Mädel und Buben die Dorfaue und den Festsaal der Dorfwirtschaft: ein Umzug der mit Blumen geschmückten Kinder leitet das Fest ein, ein Fackelzug beschließt es. Dazwischen allerhand Belustigungen, Spiele, Reigenvorführungen, Sportübungen, wie Klettern und Laufen: Kindergemüter sind ja mit so wenigem zufrieden zu stellen. Ist die Dunkelheit hereingebrochen, gibt es im Saal eine Kasperlevorstellung, die das volle Verständnis der Jugend findet. Aber auch die Alten lachen über die Schnurren — sitzen doch hier Arbeiter und Großbauer dicht beisammen. Politik sollte von diesen Kinderfesten ferngehalten werden, aber es ist kennzeichnend für die Mentalität der reaktionären Kreise, daß sie auch hier versuchen, schwarzweißrot zur Geltung zu bringen. Und sei es auch nur als kleine Wimpel hoch oben an den Balken der Saaldecke. Eine Provokation, die so billig ist, wenn man die Majorität im Dorf hat. Und das Pfui derer, die Politik von Schulkindern fernhalten wollen, prallt an ihrem engen Geisteshorizont ab.

Böttchers Raubzüge.

Verbrechen, die noch aufzuklären sind.

Der Raubmörder Böttcher räumte einen neuen Ueberfall ein. Auf eine eigene Art ist wieder ein Raubüberfall, der ebenfalls von dem verhafteten Böttcher verübt wurde, aufgeklärt worden. Unter den Sachen, die der Verbrecher einem Mädchen geschenkt hatte, befand sich auf ein Miniaturelefant aus Elfenbein. Eine Dame, die von den Taten Böttchers und diesem Fund in den Zeitungen las, machte daraufhin der Kriminalpolizei erst nachträglich die Mitteilung, daß sie ebenfalls beraubt worden war.

Am Sonnabend, den 21. August d. J., ging sie mit einem Herrn in der Umgebung von Strausberg spazieren. Auf einem Waldwege in der Nähe des Stienitzsees stürmte plötzlich ein junger Mann, der unbemerkt von hinten herangekommen war, zwischen dem Herrn und der Dame hindurch und entriß dieser die Handtasche. Um dem Räuber einen Schreck einzujagen, rief sie ihrem Begleiter zu, er solle seinen Revolver ziehen und schießen. In diesem Augenblick hatte der Räuber in nicht allzu weiter Entfernung eine Anhöhe erreicht. Als er den Ruf der Dame hörte, wandte er sich um, zog seine Pistole und rief, das Schießen könne sie haben. Sofort feuerte er auch einen Schuß ab, der aber zum Glück fehlging. Die geraubte Handtasche hatte nun u. a. einen Elfenbeinelefanten enthalten, den die Dame, wie viele andere, als Talisman bei sich zu tragen pflegte. In dem dem Mädchen abgenommenen Talisman erkannte sie den ihrigen wieder. Böttcher gestand auch diesen Raub ein. Andererseits haben die Vernehmungen des Verhafteten selbst und seine Geständnisse auch gezeigt, daß in vielen anderen Fällen die Ueberfallenen ebenfalls keine Anzeige gemacht haben. So raubte Böttcher Ende Juli oder Anfang August d. J. einer Dame im Grunewald eine kleine Handtasche mit 4 bis 5 Mark, einem Bund Schlüssel und einigen Taschentüchern, Mitte August einer jungen Frau in der Nähe des Bahnhofs Eichkamp eine Handtasche mit einem kleineren Geldbetrag, Schlüsseln und einer Hundekette, ferner zu einer anderen Zeit am Bahnhof Eichkamp einer jungen Frau, die einen hellbraunen Mantel getragen haben soll, die Handtasche mit etwas über 3 Mark, mehreren Schlüsseln und zwei Fahrkarten für die Strecke Biesenthal—Grunewald. Endlich versuchte er in der Nähe des Kaiser-Wilhelm-Turmes einer Dame eine Aktentasche zu entreißen. Wie er sich zu erinnern glaubt, feuerte er in diesem Falle einen Schuß in den Erdboden ab, um die Dame zu erschrecken. Die Opfer aller dieser Ueberfälle haben, wie gesagt, keine Anzeige gemacht, konnten bisher auch noch nicht ermittelt werden. Sie werden gebeten, sich im Zimmer 105 des Polizeipräsidiums zu melden. Dort liegen auch noch mehrere Sachen aus, die Böttcher ohne Zweifel bei Ueberfällen erbeutet hat. Ob ihm auch der Mord an der Frau Ulbrich im August 1924 in dem Walde zwischen Friedrichshagen und Rahnsdorf und an der 19jährigen Hausangestellten Elisabeth Stangierski im März 1925 auf dem Arnswalder Platz zur Last fallen, läßt sich noch nicht sagen. Die Ermittlungen haben bisher dafür noch keinen Anhalt ergeben, sind aber noch nicht abgeschlossen.

„Der Verfall der Wohnhäuser."

Zu diesen Feststellungen in Nr. 406 vom 29. August 1926 erhalten wir vom Bezirksamt Prenzlauer Berg nachstehende Erwiderung:

„Am 23. Juli 1926 erhielten wir die Anzeige eines Mieters, daß der Vermieter trotz wiederholter Aufforderung durch die Mieter sehr dringende Reparaturen nicht ausgeführt habe. Besichtigung der Schäden auf dem Grundstück wurden angeordnet und fand am 11. August 1926 statt. Der technische Sachverständige des Wohnungsamtes hatte zur Besichtigung sowohl den Antragsteller als auch den Eigentümer geladen. Der Eigentümer ließ durch die Frau des Hausreinigers um Aufschub der Besichtigung bitten, weil er verreist sei. Diesem Wunsche wurde nicht entsprochen, die Besichtigung wurde vielmehr in Gegenwart des Antragstellers durchgeführt. Dabei wurden im Hause schwere Schäden festgestellt, die zum großen Teil der Darstellung, die am 29. August 1926 im „Vorwärts" gegeben wurde, entsprechen. Auf Grund der Bestimmungen des preußischen Wohnungsgesetzes und der Berliner Polizeiverordnung betreffend Wohnungsordnung konnte das Wohnungsamt nun nicht sofort etwa mit Zwang gegen den Eigentümer vorgehen. Das Wohnungsamt hat vielmehr Abhilfe zunächst durch Rat, Belehrung oder Mahnung zu versuchen. Das ist auch in diesem Fall, nachdem der umfangreiche Bericht des technischen Sachverständigen niedergelegt war, alsbald geschehen. Erst wenn sich nach Ablauf einer Frist erweist, daß dieser gütliche Versuch, zur Abhilfe zu gelangen, fruchtlos bleibt, ist das Wohnungsamt in der Lage, dem Vermieter unter Stellung einer nochmaligen angemessenen Frist zur freiwilligen Ausführung der Arbeiten die Anwendung von Zwang anzudrohen. Bleibt diese Androhung vergeblich, so wird das Wohnungsamt die Ausführung der Arbeiten, die zur Beseitigung der Schäden notwendig sind, auf Kosten des Eigentümers durch Dritte anordnen. Ein Teil der Mängel ist inzwischen durch Eingreifen der städtischen Baupolizei behoben. Die Ungeduld der unter der Nachlässigkeit des Hauswirtes leidenden Mieterschaft ist zwar zu begreifen, es ist aber in diesem Falle der Mieterschaft selbst nicht der Vorwurf zu ersparen, daß sie die Schäden zu großem Umfang hat anwachsen lassen, ohne das Wohnungsamt zu unterrichten. Das Wohnungsamt bemüht sich, in jedem Fall, in dem über Schäden in Häusern geklagt wird, nach seinen Kräften, die ja durch Einschränkung des Personals bekanntlich stark beschränkt worden sind, und unter strenger Anwendung der gesetzlichen Vorschriften den Klagen so schnell wie möglich nachzugehen und dafür zu sorgen, daß den gerechtfertigten Ansprüchen der Mieter hinsichtlich der Beschaffenheit und der Instandhaltung der Wohnungen entsprochen wird."

Schwerer Unfall im Umformerwerk Humboldt.

Von der Hochspannung getötet.

Ein tödlicher Unfall trug sich heute morgen in dem Umformerwerk Humboldt in der Kopenhagener Straße im Norden Berlins zu. In einem 6000 Volt (6-Kilowatt-Sammelschienen) Raum war der 27jährige Monteur Otto Runge aus der Herzbergstraße 125a zu Lichtenberg mit Montagearbeiten beschäftigt. Aus bisher noch ungeklärten Ursachen kam R. der Hochspannungsleitung zu nahe und wurde auf der Stelle getötet. Der Tote wurde nach dem Leichenschauhaus gebracht; eine polizeiliche Untersuchung über die Todesfrage ist eingeleitet. Das Unglück ist um so tragischer, als Runge kurz vor der Hochzeit stand. Ein weiterer folgenschwerer Unfall mit tödlichem Ausgang ereignete sich am Mittwoch abend auf dem Verschiebebahnhof in Seddin. Der Fahrdienstleiter Hermann Kroll aus Neu-Seddin wurde von einer zuschlagenden Tür so unglücklich am Kopfe getroffen, daß er schwer verletzt, bewußtlos zusammenbrach. Kurze Zeit darauf trat der Tod ein. K., der verheiratet ist, hinterläßt vier Kinder.

Die hundertjährige Erbschaft.

Vor fast zwei Jahrhunderten wollten zwei Brüder Lochmann, ein Seiler und ein Sattler, nach Holländisch-Indien auswandern. Sie wollten die Ueberreise getrennt unternehmen und sich in Batavia wieder treffen. Das Schiff, mit dem der Seiler fuhr, ging unterwegs unter, keiner der Passagiere konnte gerettet werden. Der Sattler Lochmann siedelte sich in Batavia an und nahm eine Eingeborene zur Frau. Durch seinen Beruf konnte er sehr viel Geld verdienen und galt bald als ein wohlhabender Mann. Sein einziges Kind, ein Sohn, wollte Lochmann in Deutschland studieren lassen. Kurz nach der Ueberfahrt nach Holland starb der Sohn auf einer Insel bei Amsterdam. Auch die Frau starb sehr jung. Lochmann, der mit großer Liebe an sein Heimatland hing, unterstützte seine in Deutschland lebenden Verwandten. Als er im Jahre 1792 in Batavia starb, haben die holländischen Behörden sein Erbe verwaltet, den Erlös seines Besitzes nach Deutschland geschickt. In der Mitte des vorigen Jahrhunderts wurden diese Beträge von einem Rechtsanwalt Bindewald unter die Erben verteilt. Die Erbschaftsmasse war aber noch nicht völlig aufgebraucht nach dieser Verteilung. Vor einiger Zeit hat die holländische Regierung als Nachtrag noch eine Summe von 20000 holländischen Gulden überwiesen mit der Anordnung, diese Summe an die Erben zu verteilen. Das Erbschaftsgeld, das von der Devisenbeschaffungsstelle des Amtsgericht Berlin-Mitte zur Auszahlung gelangen soll, harrt immer noch auf die Erben. Nach langem Mühen sind jetzt drei Familien aufgefunden, die für die Erbschaft in Frage kommen. Doch da das Geld erst ausgezahlt werden kann, bis alle Erbberechtigten, die aus Hetitädt, Arnstädt, Sondersleben stammen müßten, sich gemeldet haben, müssen auch die schon bekannten Erben noch warten.

Aus Leserkreisen wird uns noch mitgeteilt, daß die Vertretung der schon als erbberechtigten Familien Rechtsanwalt Dr. E. Deitmann, Berlin, Samoastr. 7, übernommen hat.

Schloß Grunewald als Polizeistation.

In letzter Zeit waren wiederholt Klagen über ungenügenden polizeilichen Schutz im Grunewald laut geworden. Wie wir dazu vom Polizeipräsidium erfahren, ist inzwischen ein Kommando von 15 Beamten mit 17 Pferden im Jagdschloß Grunewald stationiert worden. Durch diese Maßnahme hat nunmehr der ganze südwestliche Bezirk bis zur Potsdamer Grenze ausreichenden polizeilichen Schutz erhalten.

Immer wieder Steinwürfe auf Eisenbahnzüge. Erst vor einigen Tagen wurde einem Fahrgast am Bahnhof Börse durch einen Steinwurf der Unterkiefer zerschmettert. Der Mann liegt noch im Krankenhause. Gestern nachmittag wurde wieder der Wannseezug 4418 auf der Strecke zwischen Schöneberg und Friedenau in der Nähe der Ebersbrücke beworfen. Ein faustgroßer Stein zertrümmerte auf der rechten Seite die Fensterscheibe eines Abteils. Die Splitter flogen umher, der einzige Fahrgast in dem Abteil, eine Dame, blieb aber unverletzt, weil sie auf der linken Seite saß. Mitteilungen zur Aufklärung an Kriminalkommissar Dost, Streife H, im Polizeipräsidium.

Mit einem Schuß in der Brust wurde heute früh gegen 1 Uhr ein junger Mann an der Ecke der Westfälischen und Eisenzahnstraße besinnungslos aufgefunden. Im Krankenhaus in der Achenbachstraße, wo der Arzt einen Lungenschuß feststellte, wurde er als der 21 Jahre alte Arbeiter Otto Ohm aus der Hektorstraße 14 erkannt. Der Schwerverletzte hat das Bewußtsein noch nicht wiedererlangt. Passanten und ein Wächter hatten einen Schuß fallen hören und den Mann in einer Blutlache liegend aufgefunden, aber nicht gesehen, daß jemand davonlief. Weil der Verletzte noch nicht vernommen werden kann, so ist noch ungeklärt, ob er sich selbst geschossen hat oder angeschossen worden ist. Mitteilungen zur Aufklärung an die Kriminalpolizei des 157. Reviers.

Ein aufregender Vorfall spielte sich gestern abend kurz vor ½8 Uhr in dem Hause Katzlerstraße 7 ab. Die 21jährige Ehefrau des Schlossers Hermann Hansche geriet mit ihrem Manne, den sie der Untreue bezichtigte, in Streit. Sie ergriff ein auf dem Tisch liegendes Küchenmesser und brachte ihrem 23jährigen Ehemann mehrere Stiche in der linken Brustseite bei. H. wurde in schwerverletztem Zustande in das St. Norbert-Krankenhaus eingeliefert. Die Täterin wurde von der Polizei festgenommen.

Müttersortbildungskurs über Entwicklung, Pflege, Ernährung und Erziehung des Kleinkindes. Am Freitag, den 1. Oktober 1926, beginnt im Kaiserin-Auguste-Viktoria-Haus, Charlottenburg, Frankstraße 3 (Straßenbahnhof Westend), ein Kursus über Entwicklung, Pflege, Ernährung und Erziehung des Kleinkindes. Der Kursus umfaßt vier Doppelstunden, jeweils Freitags von 3—5 Uhr nachmittags. Die Einschreibegebühr von 10 M. ist im Aufnahmebureau der Anstalt zu entrichten. (Postscheckkonto Berlin Nr. 12 360.)

Zwei Bergarbeiter getötet. Ein schwerer Unfall, dem zwei Menschenleben zum Opfer fielen, hat sich am Mittwoch nachmittag auf dem Clotbilde-Schacht bei Eisleben ereignet. Infolge eines Strebenzusammenbruches gingen dort größere Gesteinmassen nieder und stürzten auf mehrere an dem Ort arbeitende Bergleute. Zwei von diesen wurden getötet, einer schwer und einer leicht verletzt. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

Doppelraubmord in Schlesien. In der schlesischen Grenzgemeinde Wernstadt ist ein doppelter Raubmord verübt worden. Einbrecher drangen nach Einbruch der Dunkelheit in das Haus des Schuhmachermeisters Kriesche, den sie über den Haufen schossen, als er sich ihnen entgegenstellte. Der zur Hilfe herbeieilende Sohn wurde durch einen Bauchschuß tödlich verletzt. Von den Einbrechern fehlt einstweilen jede Spur.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

17. Kreis. Lichtenberg. Zeitungskommission. Heute abend 8 Uhr Sitzung in der Bibliothek, Weichselstr. 28

38. Abt. Heute abend 8 Uhr. Die Parteigenossen beteiligen sich zur Unterstützung unseres Redners an der Elternversammlung der 23. Volksschule, Strausberger Straße 9. Die Bezirksführer melden umgehend an den Vorsitzenden die Funktionäre der Zeitungskommission.

An die Berliner AfA-Mitglieder!

Für die gewerkschaftliche Werbewoche.

Das Jubiläum des Internationalen Gewerkschaftsbundes wird Sonntag, den 19. September 1926, gemeinsam von den freien Gewerkschaften der Berliner Arbeiter und Angestellten durch Demonstrationszug und eine nachfolgende Feier auf der Treptower Spielwiese und in den Treptower Gartenlokalen begangen.

Für den Demonstrationszug aller AfA-Gewerkschaften werden genaue Anweisungen von den einzelnen Gewerkschaften sowohl wie auch vom AfA-Ortskartell herausgegeben.

Als Lokal in Treptow (nach der Feier auf der Spielwiese) ist allen AfA-Gewerkschaften das Etablissement Zenner zugeteilt worden. Eintrittskarten zum Preise von 50 Pf. werden ausgegeben. Diese können bei den Berliner Geschäftsstellen der AfA-Gewerkschaften gegen sofortige Bezahlung während der bekannten Geschäftsstunden abgeholt werden. Gemeinschaftliche Entnahme von Karten für bestimmte Betriebe usw. empfiehlt sich. Im Interesse einer schnellen Abrechnung können kommissionsweise Karten nicht ausgegeben werden.

Bezahlte Karten werden nicht zurückgenommen. Die Zahl der abzuholenden Karten muß deshalb von den Funktionären usw. vorher genau errechnet werden.

Es wird erwartet, daß alle Berliner AfA-Mitglieder sich restlos an allen gewerkschaftlichen Veranstaltungen am Sonntag, dem 19. September cr., beteiligen.

Allgemeiner freier Angestelltenbund, Ortskartell Berlin.
Flatau. Reichelt.

Die Vorschläge der englischen Regierung.

Bezirksregelungen mit allgemeinen Grundsätzen.

London, 9. September. (WTB.) Churchill erklärt in seinem bereits kurz gemeldeten Schreiben an den Vorsitzenden des Verbandes der Grubenbesitzer, Evan Williams, es sei unter den augenblicklichen Verhältnissen vollkommen unmöglich, daß irgendeine in London stattfindende Konferenz zunächst mehr tun könne, als gewisse Grundsätze festzulegen und die praktischen Schritte zu empfehlen, die notwendig seien, um eine baldige allgemeine Wiederaufnahme der Arbeit herbeizuführen. Die Verhandlungen über Abkommen bezüglich der Löhne, Arbeitsstunden und andere Bedingungen in jedem Bezirk könnten mit der Zustimmung beider Parteien unter günstigen Bedingungen und ohne weitere Verzögerung geführt werden. Bezirksregelungen, die in Uebereinstimmung mit allgemeinen Grundsätzen abgeschlossen würden, müßten eine Grundlage haben, auf der die Arbeit sofort wieder aufgenommen werden könnte. Es dürfte nicht schwierig sein, ein für ganz England gültiges Abkommen abzuschließen, das zahlreiche, wenn nicht alle Punkte einbegreife, die bisher für das ganze Land behandelt worden seien.

•

Wenn das vorstehende Telegramm die Vorschläge der englischen Regierung richtig wiedergibt, dann würde das ein Eingehen auf die Forderungen der Zechenbesitzer bedeuten. Diese wollen die neuen Arbeitsbedingungen nur bezirksweise regeln, während der Bergarbeiterverband als Verhandlungsgrundlage einen Reichstarif fordert. Die „allgemeinen Grundsätze" würden nur noch eine leere Form bilden, wenn sie nicht die Arbeitszeit und allgemeine Mindestlöhne vorschreiben.

Keine zentralen Verhandlungen?

London, 9. September. (EP.) Schatzkanzler Churchill hat dem Spezialkomitee des Bergwerksbesitzerverbandes einen Brief gesandt, worin er eine neue Konferenz zwischen Vertretern der Arbeiter, der Bergwerksbesitzer und der Regierung vorschlägt. Er bringt u. a. in Vorschlag, daß in jedem Bezirk die Arbeiter und Bergwerksbesitzer getrennt über die Bedingungen für die Wiederaufnahme der Arbeit zu beraten hätten und daß die jeweiligen Distriktsabkommen dann einem Reichskomitee zur Ratifizierung zu unterbreiten seien. (Damit wäre das Reichskomitee nur noch eine Registriermaschine.)

Cook ist pessimistisch.

London, 9. September. (Eigener Drahtbericht.) Cook verweigerte nach seiner Rückkehr zum Gewerkschaftskongreß in Bournemouth jegliche Auskunft über den Inhalt der Unterredung mit der Regierung, jedoch stand sein Pessimismus in auffallendem Gegensatz zu den in den Kreisen der Regierung gemachten optimistischen Auslassungen.

Sorgen eines kommunistischen Betriebsrats.

Wie verhindert man die Einheitsfront?

Von dem Betriebsrat einer Firma — der Name tut nichts zur Sache — erhalten wir den Wortlaut einer Entschließung zugestellt. Diese Entschließung beschäftigt sich mit keinem Wort mit den Verhältnissen in dem Betrieb. Von gewerkschaftlichen Dingen ist überhaupt keine Rede darin. Die gewerkschaftliche Werbewoche scheint die Belegschaft, in deren Namen der Betriebsrat uns die Entschließung zuschickt, nicht zu interessieren. Auch von sozialpolitischen Wünschen findet man in der nicht gerade wortkargen Entschließung auch nur die geringste Spur.

Die Entschließung ist in ihrem ersten und längsten Teil ein Protest gegen die Zustände in — Rumänien. Dann heißt es wörtlich:

> „Ferner fordert die Belegschaft die Freilassung aller proletarischen politischen Gefangenen in Deutschland wie in allen übrigen kapitalistischen Ländern."

Das ist nun kommunistische Arbeiterpolitik! An sich ist es abgeschmackt und lächerlich, wenn die Belegschaft eines kleinen Unternehmens von „allen übrigen kapitalistischen Ländern" dies oder jenes fordert. Diese übrigen kapitalistischen Länder haben andere Sorgen, als sich um „Entschließungen" der Belegschaft eines Betriebes in irgendeiner Stadt der Welt zu kümmern.

Hat aber die Belegschaft wirklich keine anderen Sorgen? Weiß sie nicht, daß es politische Parteien und Parlamente gibt, die dazu da sind, um sich mit politischen Dingen zu befassen?

Es ist freilich viel bequemer und weniger riskant, gegen die rumänische Regierung zu protestieren, als sich um die Zustände im eigenen Betrieb zu kümmern. Es erfordert viel weniger Mühe und Kenntnisse, eine solche Entschließung zu schreiben und zu begründen, als sich in die Anwendung des Betriebsrätegesetzes zu vertiefen.

Ist es nicht von einer tragischen Komik, wenn dann diese Helden „die Freilassung aller proletarischen politischen Gefangenen in Deutschland wie in allen übrigen kapitalistischen Ländern" fordern! Also in Rußland darf man Proletarier wegen ihrer abweichenden politischen Gesinnung einsperren! Solche Geisteseunuchen, solche platte Mameluken erzieht die KPD.

Warum werden überhaupt solche lächerliche und beschämende Entschließungen eingebracht? Man weiß, daß sie lächerlich sind.

Mitglieder des DMV.

Ihr müßt vollzählig die Wahlkörperversammlungen besuchen!

Aber sie werden fabriziert, weil man verhüten will, daß die Arbeiter sich einigen. In den Fragen, die die Belegschaft als solche interessiert, in allen gewerkschaftlichen Fragen wird es immer leicht sein, eine Einigung zwischen kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeitern herzustellen. Das muß verhütet werden! Deshalb bringt man Entschließungen ein, denen kein ehrlicher Sozialist zustimmen kann. Spaltung um jeden Preis, auch um den Preis der Lächerlichkeit, das ist die bolschewistische Parole der „Einheitsfront".

Aus der Böhow-Brauerei.

Die neue Richtung.

Solange die Leitung der Brauerei Böhow noch in den Händen des alten Inhabers Julius Böhow lag, konnte man sagen, daß der Betrieb unter allen Brauereien zu denen gehört, die wenigstens etwas soziales Verständnis für die Lage ihrer Arbeiter und Angestellten hatten. Nach dem Tode des Inhabers versucht man neue Bahnen zu gehen. Die jetzige Leitung hat es fertig bekommen, von ihren 86 Angestellten 28 zu kündigen, angeblich, weil der Betrieb mit Angestellten übersetzt und das Gehaltskonto nicht mehr „tragbar" sei.

Es zeugt gerade nicht von großer Weisheit, daß man, um Ersparnisse zu machen, diese zuerst bei den Gehältern der Angestellten machen will. Auch im Betriebe der Brauerei Böhow wird es bestimmt andere Möglichkeiten geben, die Ausgaben einzuschränken. Wir denken da z. B. an eine Verringerung der Direktorenbezüge, durch die diesen Herren immer noch mehr als das Existenzminimum verbleiben würde. Die Tatsache aber, daß unter den Gekündigten Leute sind, die ein Menschenalter im Betrieb beschäftigt sind und wegen ihres Alters gar keine Aussicht mehr haben, überhaupt noch in einem anderen Betrieb unterzukommen, läßt die Vermutung zu, daß die Firma diese Leute eben wegen ihres Alters entlassen will. Diese Personalpolitik ist um so unverständlicher, als doch gerade die Brauereien — und die Brauerei Böhow bildet keine Ausnahme — unter der Wirtschaftskrise fast gar nicht leiden, was ja die von ihnen ausgeschütteten Dividenden beweisen.

Von der Firma scheint nicht erwogen worden zu sein, welche Folgen diese Kündigungen nach sich ziehen können. Die Arbeiter der Brauerei Böhow wissen, daß das Schicksal der Angestellten auch das ihre werden kann und werden es nicht nur bei Protesten belassen, wenn die Firma nicht die Kündigungen zurückzieht. Ebenso ist es der gesamten Berliner Arbeiterschaft, die doch hauptsächlich der Konsument des Bieres ist, nicht gleichgültig, welche Personalpolitik die Brauerei Böhow treibt.

Gewerblicher Gesundheitsschutz.

IAB. Der Korrespondenzausschuß für den gewerblichen Gesundheitsschutz des Internationalen Arbeitsamtes tritt am 13. September im Sitzungssaal der Ausstellung für Gewerbehygiene in Düsseldorf zusammen. Albert Thomas, der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes in Genf, wird an dieser Sitzung teilnehmen. Auf der Tagesordnung stehen folgende Fragen:

1. Gewerbliche Ermüdung, a) die Begrenzung der Traglasten und Gewichte, insbesondere für die Dockarbeiter, b) Liste der Ermüdungsstudien.
2. Die Entschädigung von Berufskrankheiten: Krankheiten, die noch auf die Liste der Berufskrankheiten zu setzen sind.

Am Schluß dieser Tagung beginnt in Düsseldorf eine internationale Konferenz der Gewerbeärzte.

Internationale Konferenz der Arbeitsstatistiker.

IAB. Am 18. Oktober d. J. beginnt in Genf unter der Leitung des Internationalen Arbeitsamtes die dritte von den Regierungen beschickte Internationale Konferenz der Arbeitsstatistiker. Die Aufgabe dieser Konferenzen, deren erste im Jahre 1923, die zweite im Jahre 1925 stattgefunden hat, besteht darin, eine Verständigung über gewisse gemeinsame und einheitliche Methoden der Statistik, die eine bessere Vergleichbarkeit der Statistiken von Land zu Land ermöglichen sollen, herbeizuführen.

Die Statistiken betr. die Löhne, die Arbeitszeit, die Lebenskosten, die Arbeitslosigkeit, die Berufsunfälle und die Klassifikation der Industrien wurden bereits auf früheren Konferenzen beraten. Die kommende Konferenz wird sich mit den Streik- und Aussperrungsstatistiken und den Erhebungen über Haushaltsrechnungen (Familienbudgets) befassen. Auch soll die Aufstellung eines für internationale Vergleichszwecke geeigneten Industrieverzeichnisses versucht werden.

Gewerkschaft Deutscher Volkslehrer und Volkslehrerinnen, Provinzialverband Berlin: Nächste Sitzung am Sonnabend, den 11. ds. Mts., abends 8 Uhr, Rathaus, Zimmer 55. Tagesordnung: 1. Gewerkschaftliches. 2. Junglehrerfragen. 3. Berichte über Paris und Wien. Bitte pünktlich zu erscheinen.

Wirtschaft

Die Preispolitik des Kunstseidenkartells. Im Juni ist das jüngst gegründete Kunstseidenkartell in Wirklichkeit getreten. Ihm sind die meisten deutschen Fabriken, die etwa 90 Proz. der Produktion vertreten — zurzeit wird diese auf 80 000 bis 100 000 Kilogramm pro Tag geschätzt —, beigetreten. Als großes Verdienst nimmt das Kartell für sich in Anspruch, daß die Preise für kunstseidene Artikel von ihm nicht erhöht werden. In der Tat ist es ein seltener Ausnahmefall, wenn ein Kartell seine Tätigkeit nicht mit Preiserhöhungen beginnt. Was begründet aber das Verhalten des Kunstseidenkartells — die Absicht etwa, den Verbrauchern zuvorzukommen und deshalb auf die Vergrößerung der Profite zu verzichten? Es wäre weit gefehlt, einem Kartell ähnliche Absichten zuzumuten. Um die wahren Beweggründe einer Preispolitik zu würdigen, muß man wissen: 1. daß gerade in den letzten Monaten, als das Kartell gegründet wurde, eine Absatzstockung für Kunstseidenwaren auf dem Weltmarkt eintrat, die die Preise in allen anderen Ländern scharf herabdrückte. Ohne das Kartell wäre vielleicht auch die deutsche Kunstseide billiger geworden. 2. Die deutsche Kunstseidenindustrie ist einer scharfen Auslandskonkurrenz ausgesetzt; der bestehende Schutzzoll ist nicht hoch genug, um diese auszuschalten, zumal die italienische Kunstseidenindustrie durch schlechte Valuta begünstigt wird und dank der billigen Kinderarbeit mit niedrigen Produktionskosten arbeitet. 3. Aus diesen Gründen ist die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Kunstseidenindustrie auch auf dem Weltmarkt sehr eingeschränkt. Der übliche Weg der Kartellpolitik, die darauf hinausläuft, die Preise im Inland hochzuhalten, um dadurch eine Schleuderausfuhr zu ermöglichen, ist für die deutsche Kunstseidenproduktion nicht gangbar bzw. hat seine Grenzen, einmal weil sie selbst durch Dumping keine große Erfolge im Ausland erzielen könnte, zum anderen aber, weil die deutschen Konsumgewohnheiten der Kunstseide im Vergleich zum Verbrauch in anderen Ländern nicht günstig sind. In Amerika schätzt man, daß die Menge der verarbeiteten Kunstseide 10 Proz. der verarbeiteten Textilrohstoffe (Wolle, Baumwolle, Flachs) betrage; in Deutschland dagegen nur etwa 3 Proz. Bei erheblicher Preissteigerung würde sich dieses Verhältnis noch verschlechtern. Somit liegt beim Kunstseidenkartell ein Sonderfall vor; es ist ihm nicht möglich, so lange der Schutzzoll für Kunstseide nicht wesentlich erhöht wird, und auch dann nicht unbedingt, willkürliche Preiserhöhungen vorzunehmen.

Der bayerische Sparkassen- und Giroverband plant eine neue inländische Goldanleihe, deren Höhe noch unbestimmt ist; es sollen 10 bis 25 Millionen Mark auf dem Anleihewege aufgebracht werden, und zwar zu dem Zweck, die alten Markanleihen der bayerischen Städte abzulösen. Wie hoch die Summe endgültig sein wird, ist u. a. davon abhängig, daß die großen Städte Bayerns an ihr teilnehmen. Von München und Nürnberg steht das noch nicht fest. Dagegen haben die meisten anderen Städte und Kreise sich dem Projekt bereits angeschlossen. Die Anleihe soll erst im nächsten Jahr herauskommen.

Aus der Partei.

Bevölkerungspolitische Tagung.

Der Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt e. V., Berlin SW. 61, Belle-Alliance-Platz 8 (Fernsprecher Dönhoff 8188), veranstaltet am 25. und 26. September eine öffentliche bevölkerungspolitische Tagung im Volkshaussaal in Jena. Am ersten Tag, vormittags 9 Uhr, spricht Dr. Max Quarck, Dozent an der Universität Frankfurt a. M., über „Sozialismus und Bevölkerungspolitik", Dr. med. Zadek-Berlin über „Säuglings- und Mutterschutz". Nachmittags 2 Uhr sprechen Dr. med. Julius Moses, M. d. R., Berlin, und Gertrud Hanna, M. d. L., Sekretärin im ADGB., Berlin, über den „Schutz der schwangeren Arbeiterin im Betriebe". Am zweiten Tage folgen Vorträge über „Prostitution und Reglementierung" (Referenten Dr. med. A. V. Knack, M. d. B., Hamburg, und Luise Schroeder, M. d. R., Altona) und „Schwangerschaftsunterbrechungen und -verhütung (Referenten Dr. med. Kautsky-Wien und Elisabeth Kirschmann-Röhl, M. d. L., Köln).

Stadtmedizinalrat Dr. med. Silberstein, der der Partei durch den Tod entrissen wurde, sollte das Thema „Säuglings- und Mutterschutz" behandeln. An seiner Stelle wird Dr. med. Zadek in Anlehnung an das von dem Verstorbenen hinterlassene und im wesentlichen fertiggestellte Manuskript auf der Tagung sprechen. Teilnehmer müssen baldmöglichst, allerspätestens aber eine Woche vor der Tagung, dem Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt gemeldet sein. Privat- oder Hotelquartier wird durch die Wohnungskommission in Jena besorgt. Zimmerbestellungen sind unmittelbar an Herrn August Striebung, Jena, Teichgraben 4, II, aufzugeben.

Eine Landeskonferenz für Württemberg, an der der erweiterte Landesvorstand und eine Anzahl agitatorisch tätiger Parteigenossen aus dem Lande teilnahmen, besprach die Vorbereitungen für die Sozialdemokratische Werbewoche. Der Bezirkssekretär Genosse Steinmayer gab ein Bild von der Entwicklung der Parteiorganisation während der letzten 15 Jahre in den einzelnen Bezirken und Städten des Landes. Er teilte zugleich den vom Parteivorstand aufgestellten Arbeitsplan mit und gab dazu die notwendigen Erläuterungen. In der Aussprache wurden seine Mitteilungen und Ratschläge von verschiedenen Rednern durch weitere Anregungen ergänzt. Genosse Hildenbrand vom Parteivorstand besprach des näheren die Gründe, die den Parteivorstand zur Veranstaltung der Werbewoche veranlaßten.

Die Vorschläge des Parteivorstandes und des Landesvorstandes fanden die einmütige Zustimmung der Vertrauensmänner der Partei im Lande. Bei allen Teilnehmern der Konferenz war das eifrige Bestreben erkennbar, die Werbewoche zu einem großen organisatorischen Erfolg zu gestalten.

Den Schluß der Parteikonferenz bildete ein Referat des Genossen Roßmann über die politische Lage, dem eine angeregte Aussprache folgte.

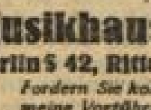
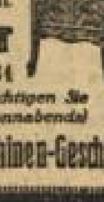
Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: Artur Saternus; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: Dr. John Schikowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Berliner Elektriker Genossenschaft
angeschl. dem Verb. soz. Baubetriebe
Berlin N. 24, Elsässer Str. 86-88
Fernsprecher: Norden 6525, 6536
Filiale Westen, Wilmersdorf
Landhausstr. 4. Tel.: Pfalzburg 9831
Ausstellungsräume und Lager: Alexanderstraße 39-40 (Alexander Passage), Telephon: Königstadt 540
Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen. Verkauf aller elektr. Bedarfsartikel
Ausführg. sämtl. Reparaturen
Preiswerte, gediegene Arbeit

Ischias
Ärztl. empfohlen.

Adolf Hoffmann
Episoden und Zwischenrufe
aus der Parlaments- und Ministerzeit.
Preis 1 Mark. Porto 5 Pfennig.
Vorrätig in allen Vorwärts-Ausgabestellen.

Lest Bücher
Wissen gibt Macht!
J. H. W. Dietz Nachf., G. m. b. H.
Lindenstraße 2.

Hausmusik auf Kredit!
Erstkl. Sprech-Apparate
mit Plattenzugabe.


Geringe Anzahlung
und kleinste Rate
Platten aller Marken zu Listenpreisen in großer Auswahl.
Musikhaus E. Feldhammer
Berlin S 42, Ritterstr. 34. Telephon: Dönhoff 2334
Fordern Sie kostenlosen Prospekt ein oder besichtigen Sie meine Vorführungsräume von 9—7 Uhr (auch Sonnabends)
Kaufen Sie nur in einem Spezial-Sprechmaschinen-Geschäft!

Oefen
Eiserne Oefen · Kacheloefen
Herde
für Kohle und Gas
R. Zechlin
Berlin C. 25
Alexanderplatz 4a

HUNDE
Katzen, Papageien und alle Haustiere werden behandelt.
Tierärztliche Poliklinik
Chausseestraße 93
neben Kriegervereinshaus
Sprechstunden: 11-1 u. 4-6 Uhr

Küchen
roh emailliert
Küche Lottchen 42 M. 80 M.
„ Christine 75 „ 125 „
mit Anrichte
Riesenauswahl
roher, lackierter, lasierter Küchen, einzelner Kleider- und Küchenschränke.
Himmel
Lothringer Str. 22 (Schönhauser Tor)

Bettfedern Adolf Pohl
Dresdener Straße 15
(Fabrikgebäude.)